

BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2003 FÜR DEUTSCHLAND

**Informationsmaterialien zur Pressekonferenz
am 15. Januar 2004 in Wiesbaden**

Statist. Bundesamt - Bibliothek



04-00225

Schaubilder und Tabellen

Inhalt

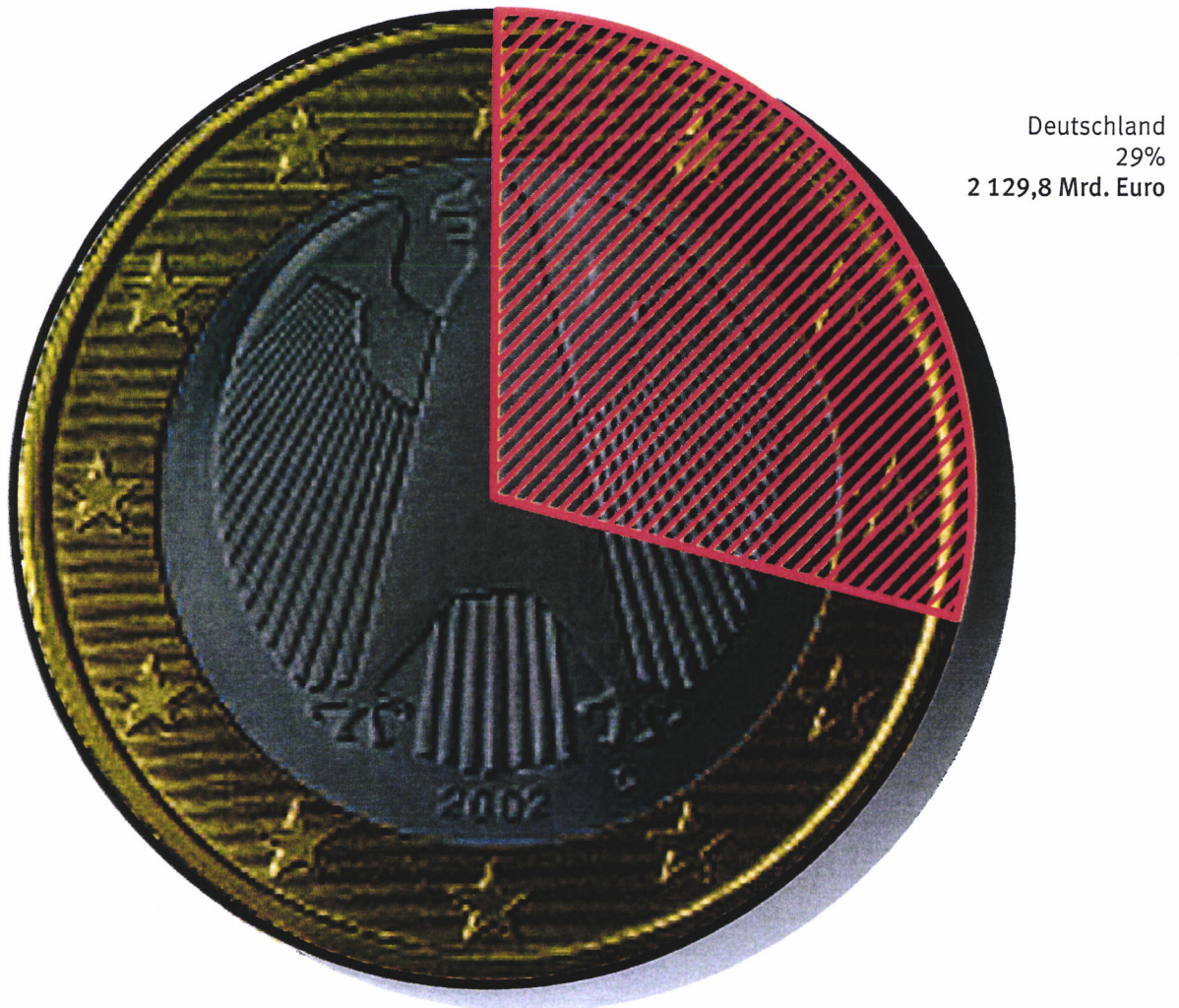
1	Schaubild 1: Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2003	3
2	Tabelle 1: Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2003 in jeweiligen Preisen	4
3	Schaubild 2: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in jeweiligen Preisen von 1991 bis 2003	5
4	Schaubild 3: Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland 2003	6
5	Schaubild 4: Konjunkturzyklen in Deutschland von 1992 bis 2003 (Wachstum, Preisanstieg, Erwerbslosigkeit)	7
6	Schaubild 5: Beiträge der Verwendungsaggregate zum Wirtschaftswachstum 2002 und 2003	8
7	Schaubild 6: Reales Bruttoinlandsprodukt 2002 und 2003 im internationalen Vergleich	9
8	Schaubild 7: Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2003	10
9	Schaubild 8: Staatliche Finanzierungssalden der EU-Mitgliedstaaten 2003 und Durchschnitt 1999 bis 2002	11
10	Schaubild 9: Staatliche Finanzierungssalden der EU-Mitgliedstaaten 2003 sowie Maximum- und Minimumwert seit 1999	12
11	Schaubild 10: Lohnkosten und Arbeitsproduktivität in Deutschland von 1992 bis 2003 je Kopf	13
12	Schaubild 11: Lohnkosten und Arbeitsproduktivität in Deutschland von 1992 bis 2003 je Stunde	14
13	Schaubild 12: Verdienst in Deutschland von 1992 bis 2003	15
14	Schaubild 13: Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2003	16
15	Schaubild 14: Konsum und Sparen von 1992 bis 2003	17

Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1	Außenbeitrag	18
2	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt	19
3	Erwerbslose und registrierte Arbeitslose	20
4	Einnahmen und Ausgaben des Staates sowie Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2003	21
5	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft	23

Schaubild 1

Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts
am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2003¹⁾



1) Prognose der EU-Kommission/eigene Berechnung (Schätzung).

Statistisches Bundesamt 2004 -15 - 0008

Tabelle 1

**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2003
in jeweiligen Preisen**

	Mrd. Euro
Bruttoinlandsprodukt	2 129,80
Private Konsumausgaben	1 246,36
Konsumausgaben des Staates	410,26
Bruttoinvestitionen	377,93
Bruttoanlageinvestitionen	376,49
Ausrüstungen	143,96
Bauten	207,86
Sonstige Anlagen	24,67
Vorratsveränderungen	1,44
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	95,25

© Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht

Schaubild 2

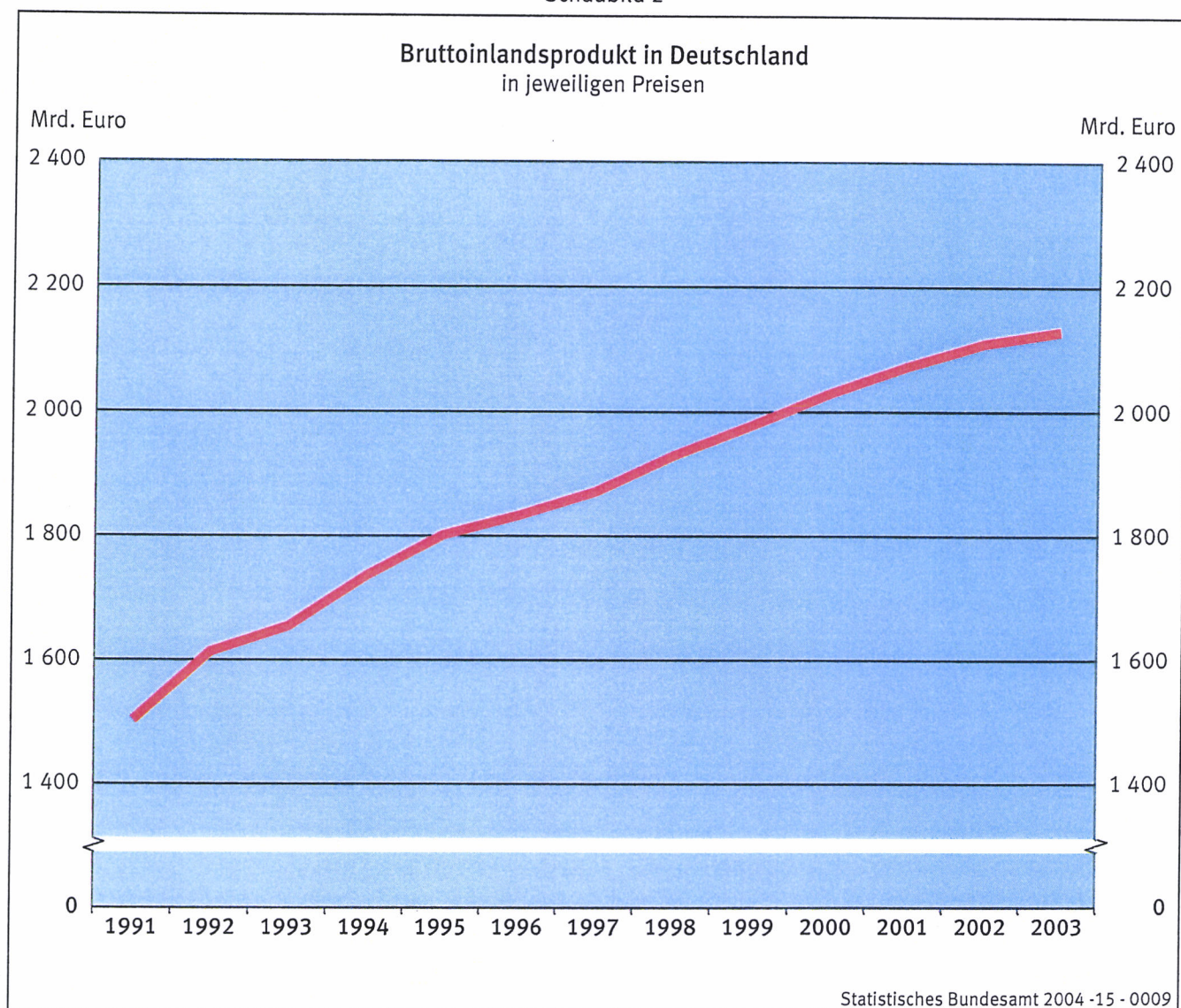


Schaubild 3

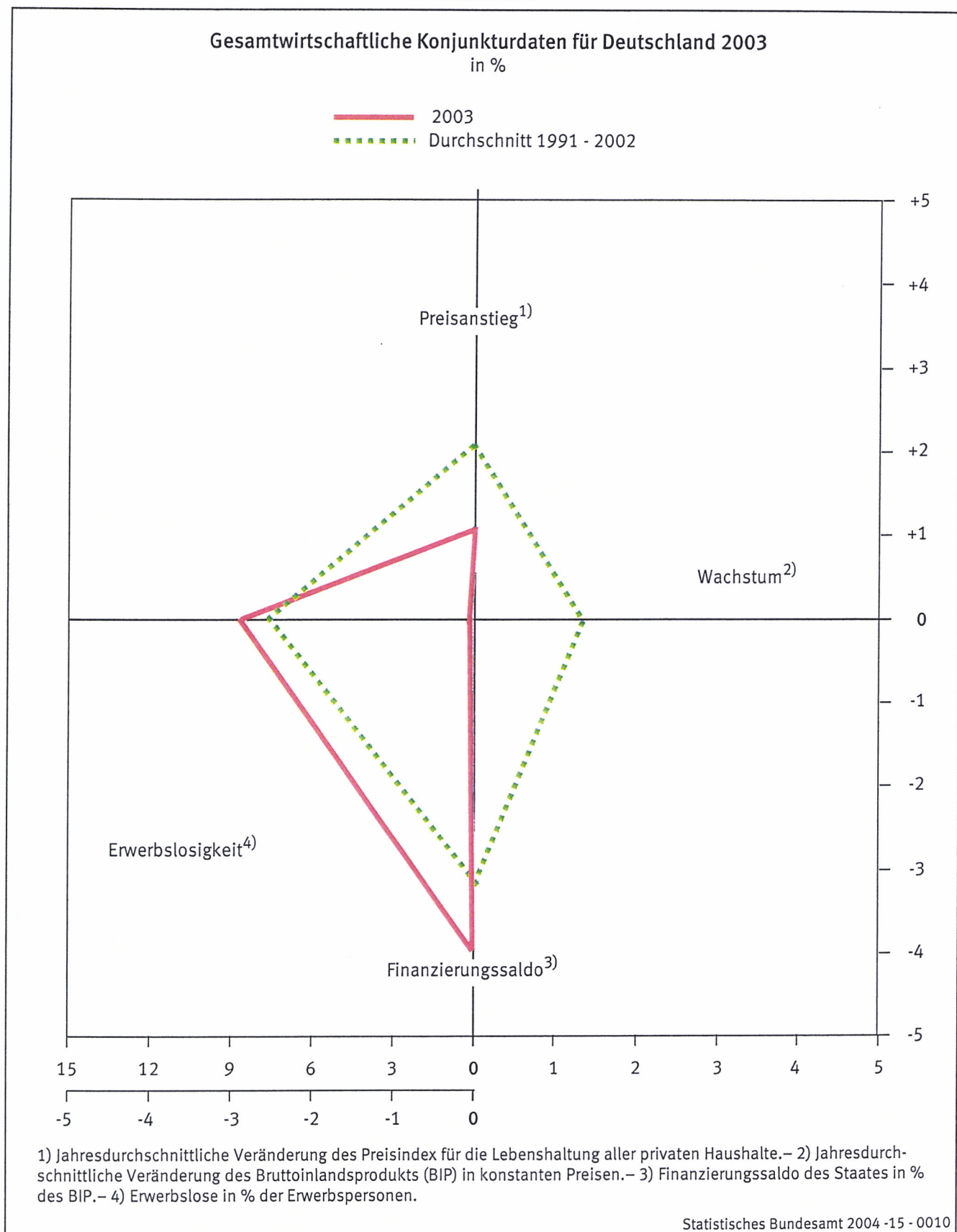


Schaubild 4

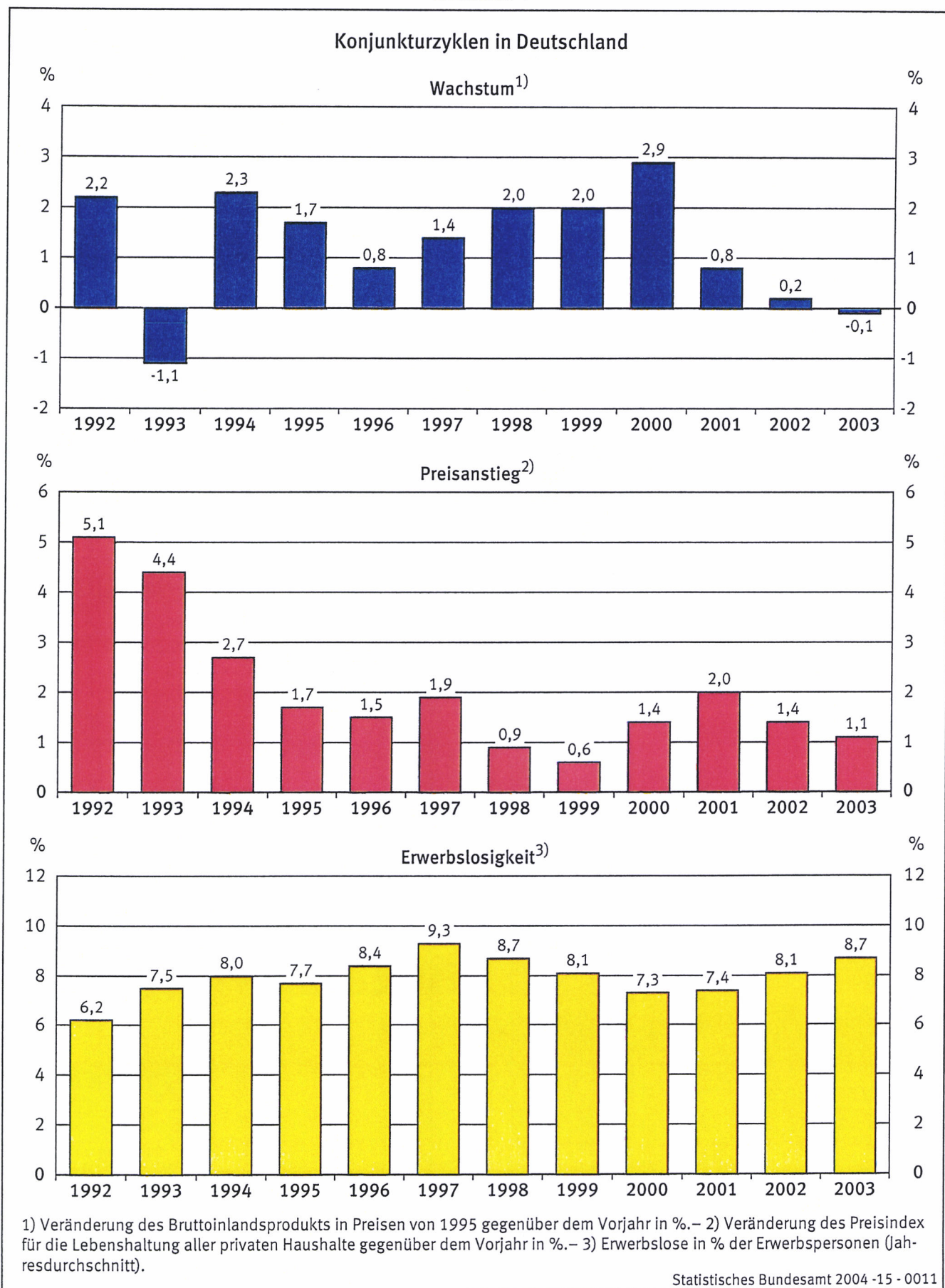


Schaubild 5

Beiträge der Verwendungsaggregate zum Wirtschaftswachstum

■ 2002 ■ 2003

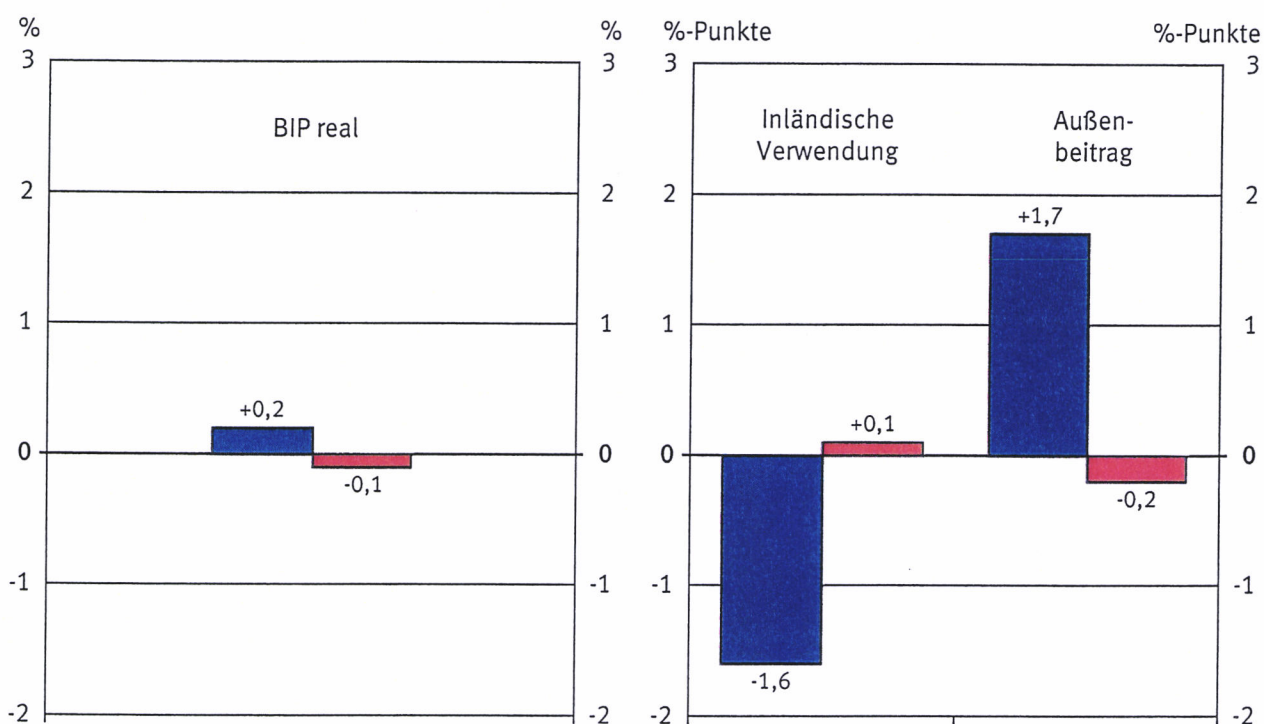
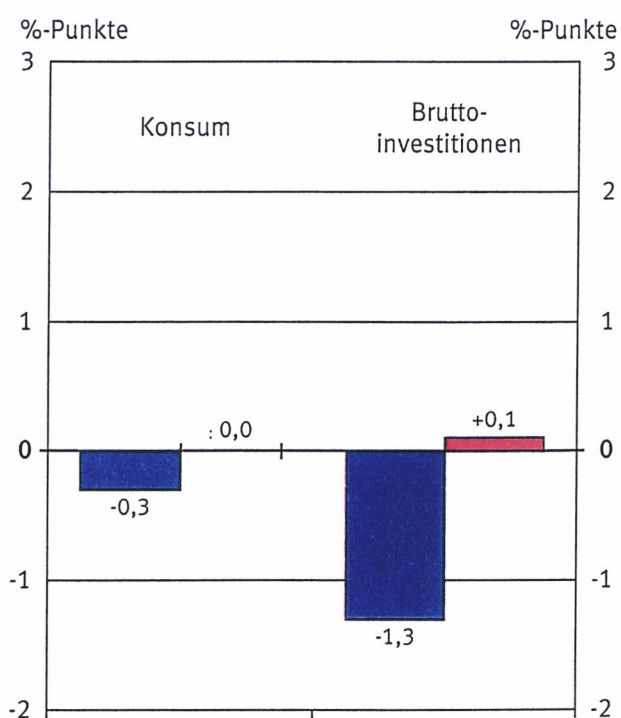
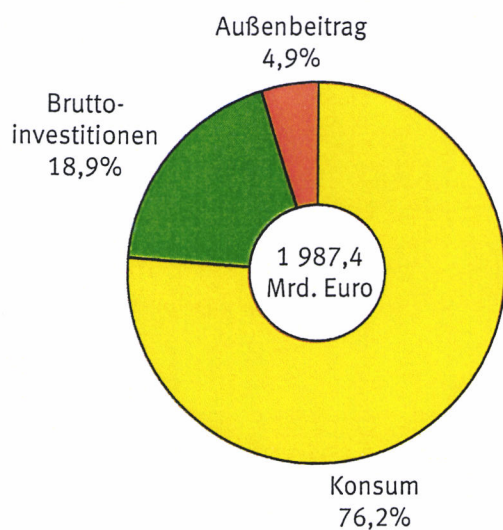
Anteile am realen Bruttoinlandsprodukt 2003
in %

Schaubild 6

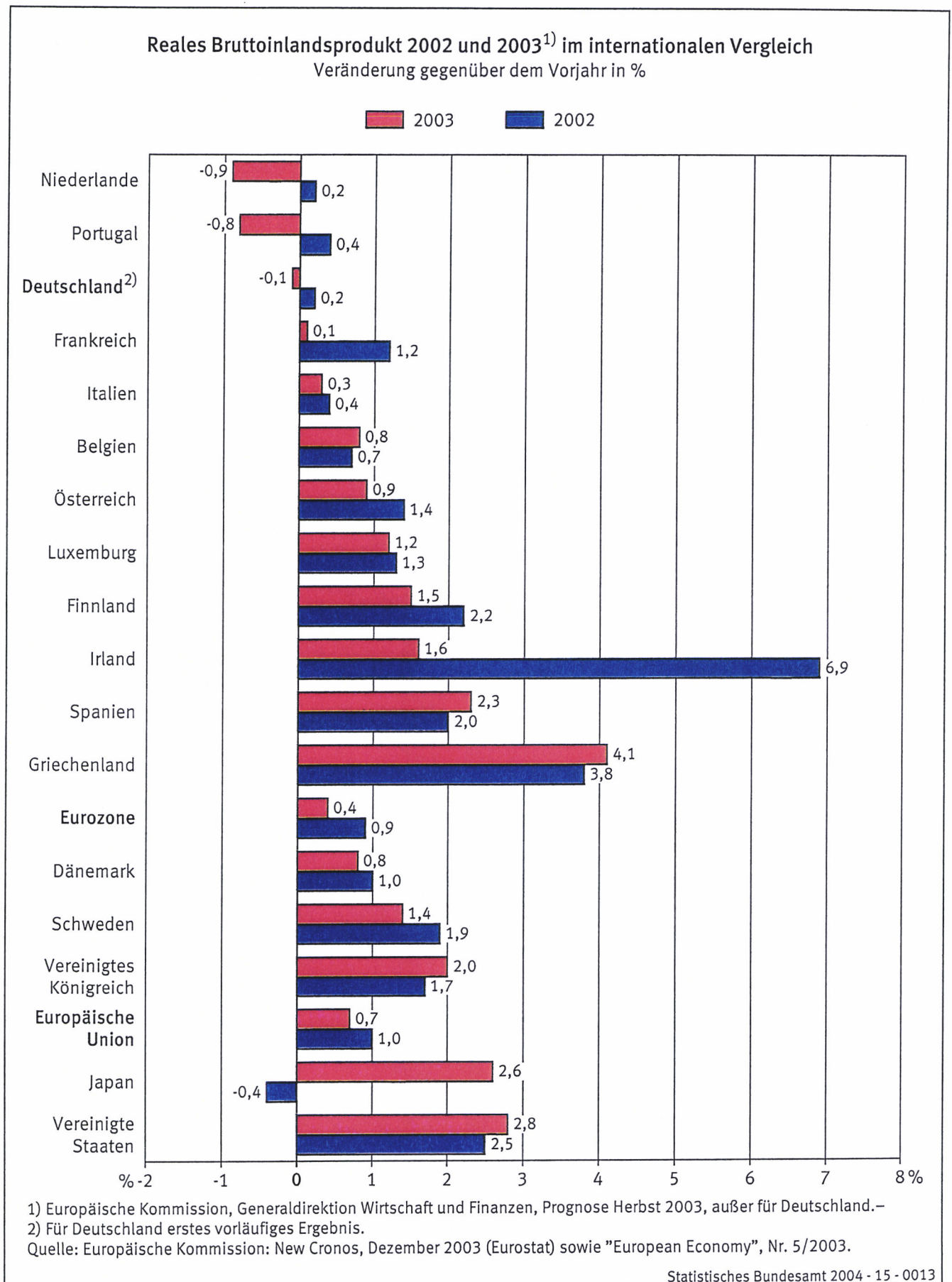


Schaubild 7

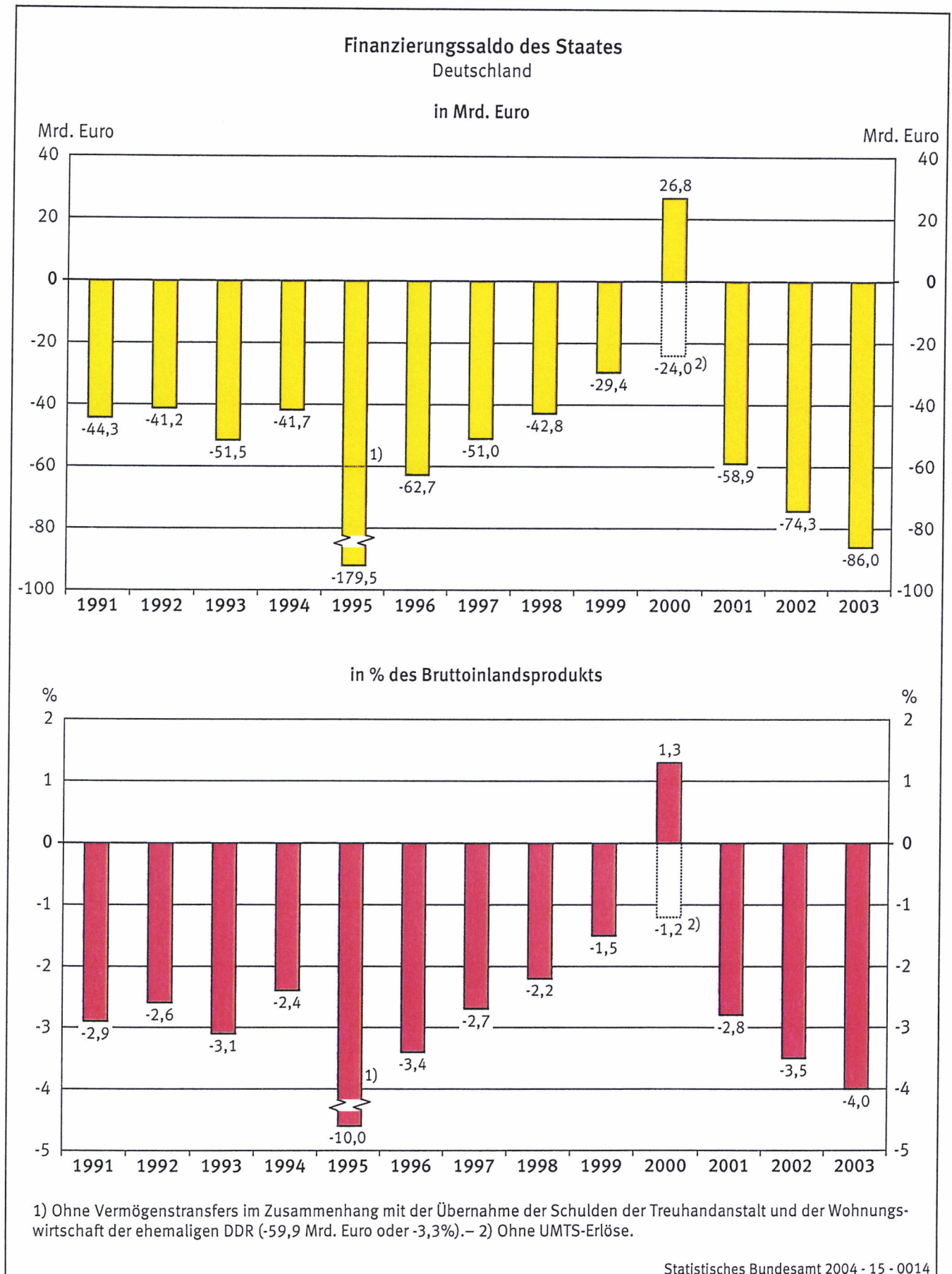
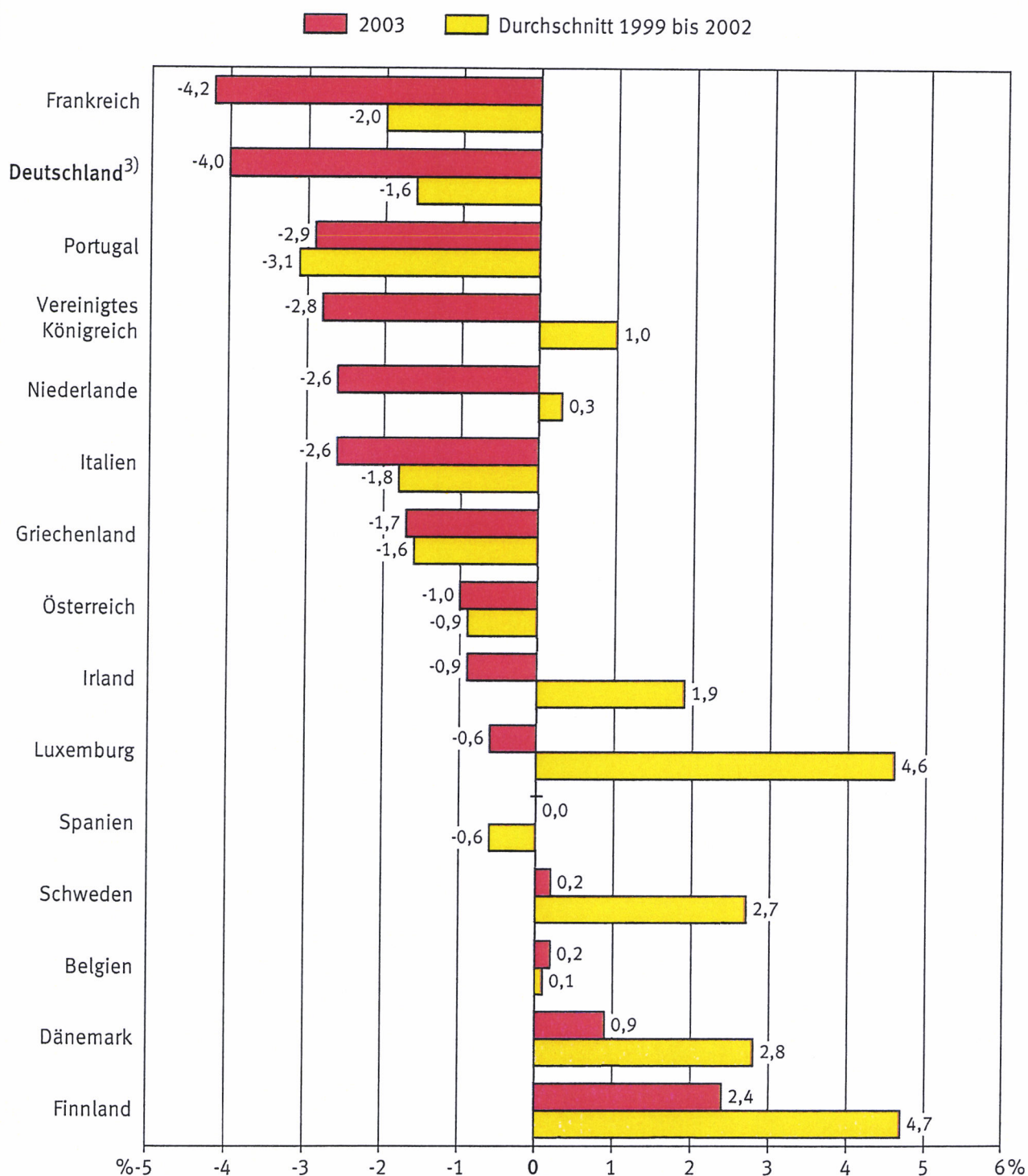


Schaubild 8

Staatliche Finanzierungssalden¹⁾ der EU-Mitgliedstaaten 2003²⁾ und Durchschnitt 1999 bis 2002



1) In Prozent des Bruttoinlandsprodukts. – 2) Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2003, außer für Deutschland. – 3) Für Deutschland erstes vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Europäische Kommission: New Cronos, Dezember 2003 (Eurostat) sowie "European Economy", Nr. 5/2003.

Schaubild 9

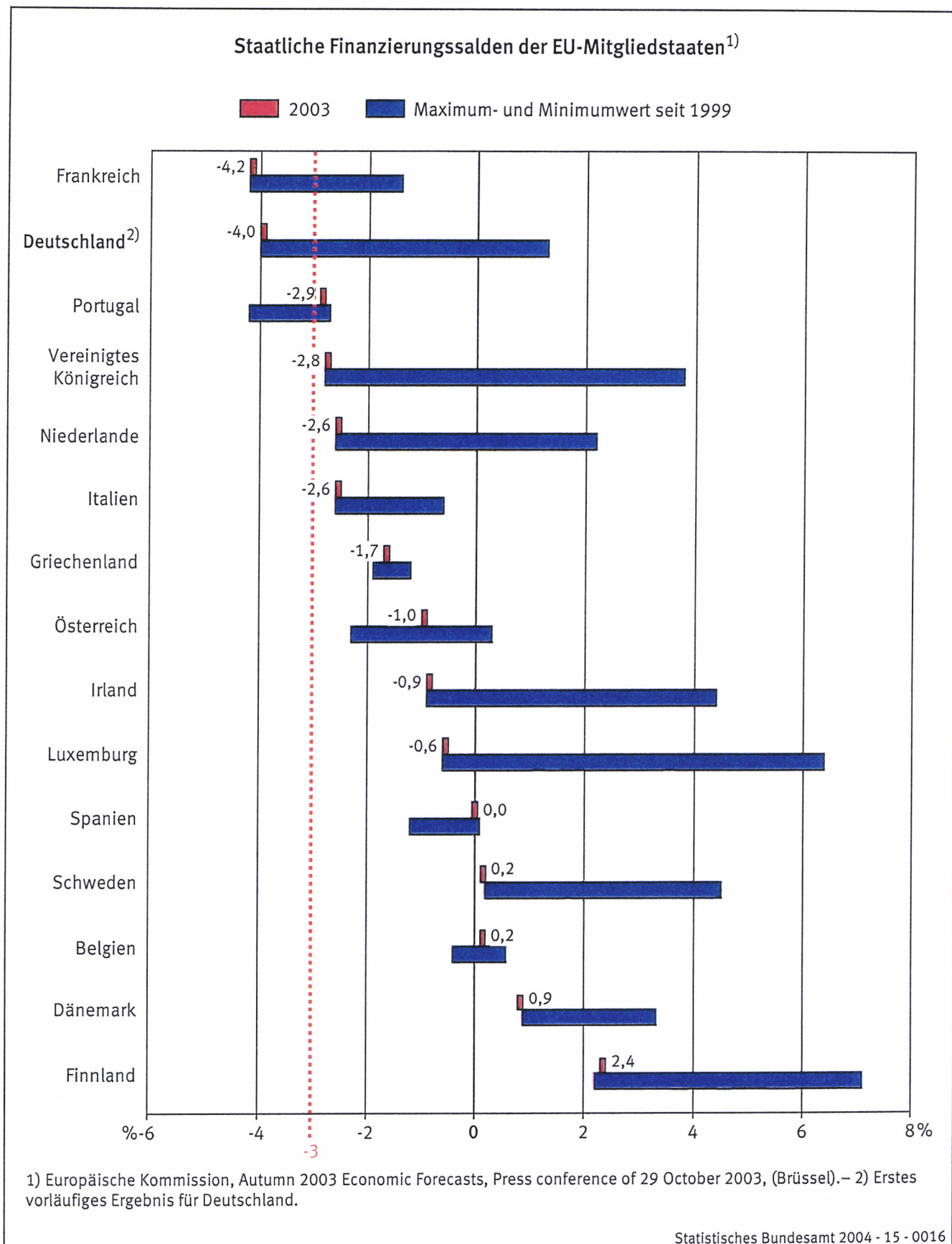


Schaubild 10

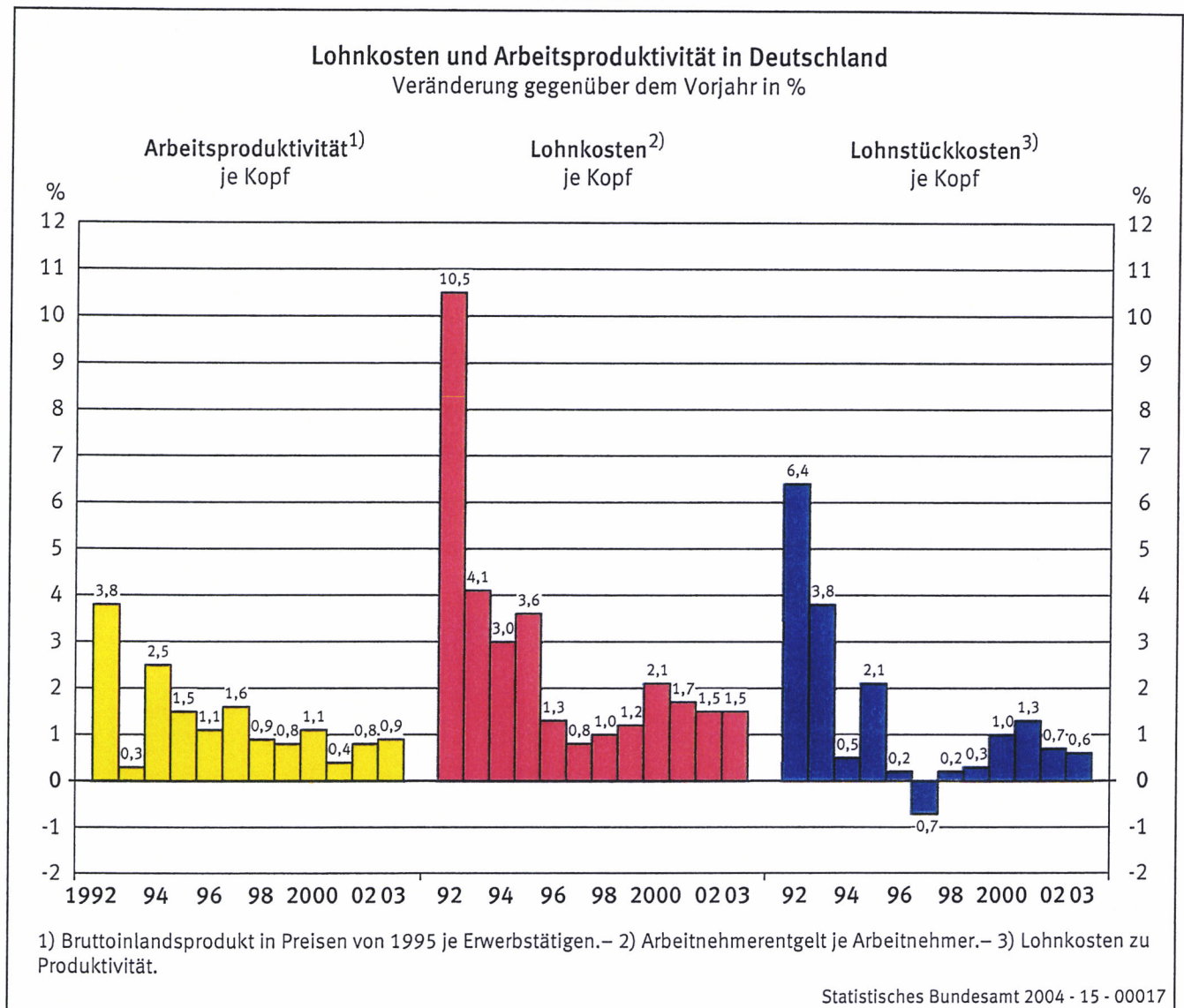


Schaubild 11

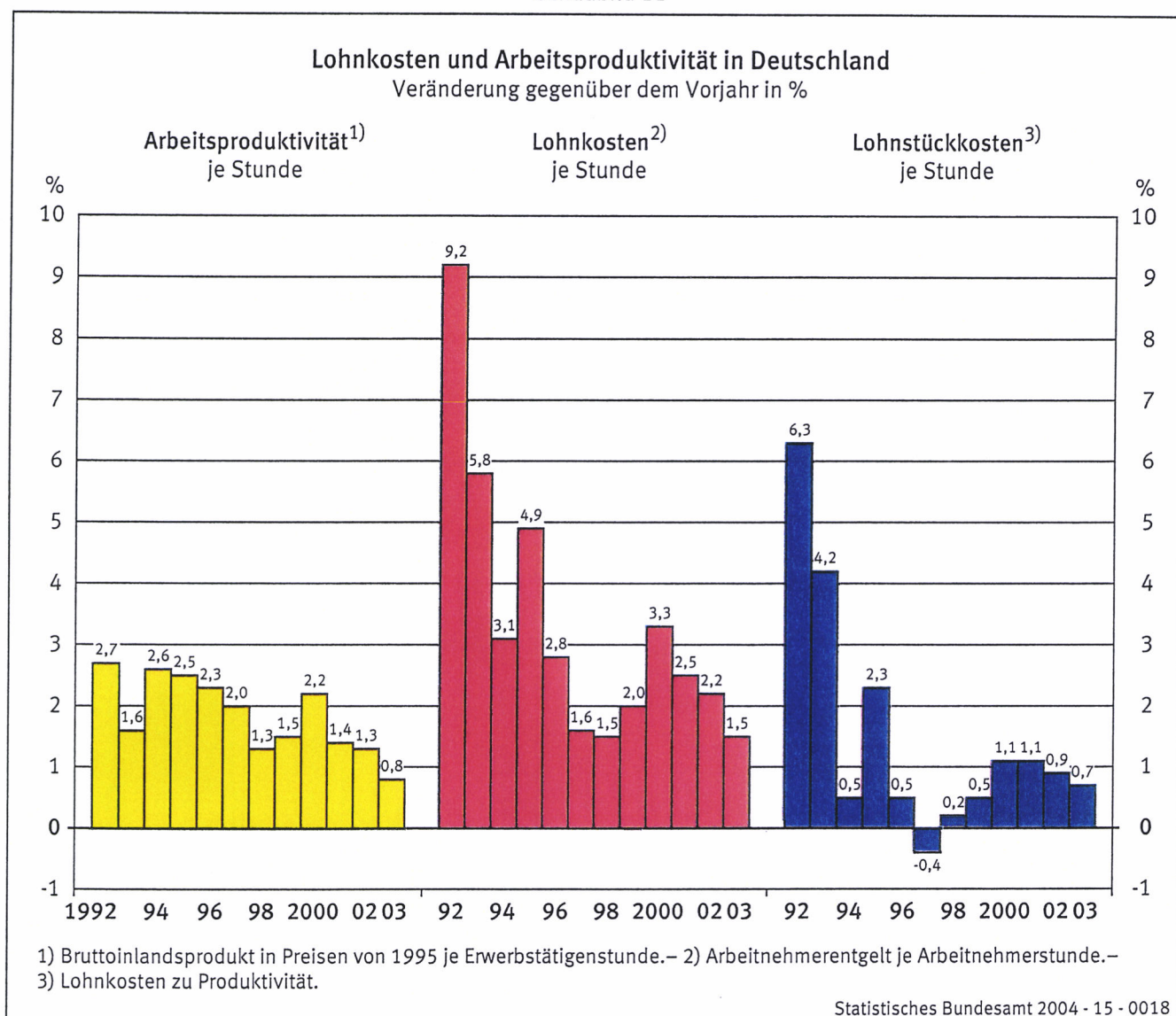


Schaubild 12

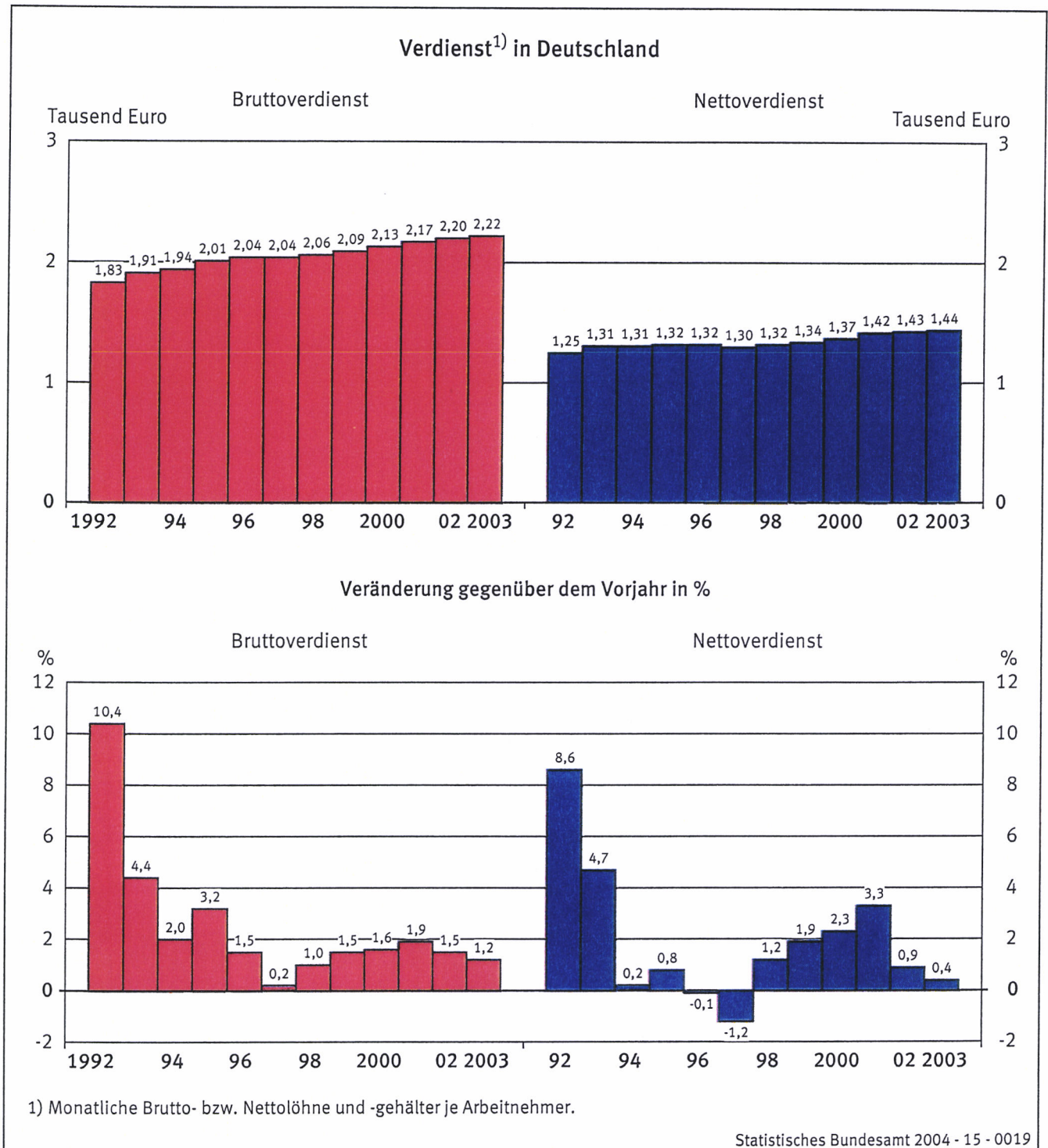
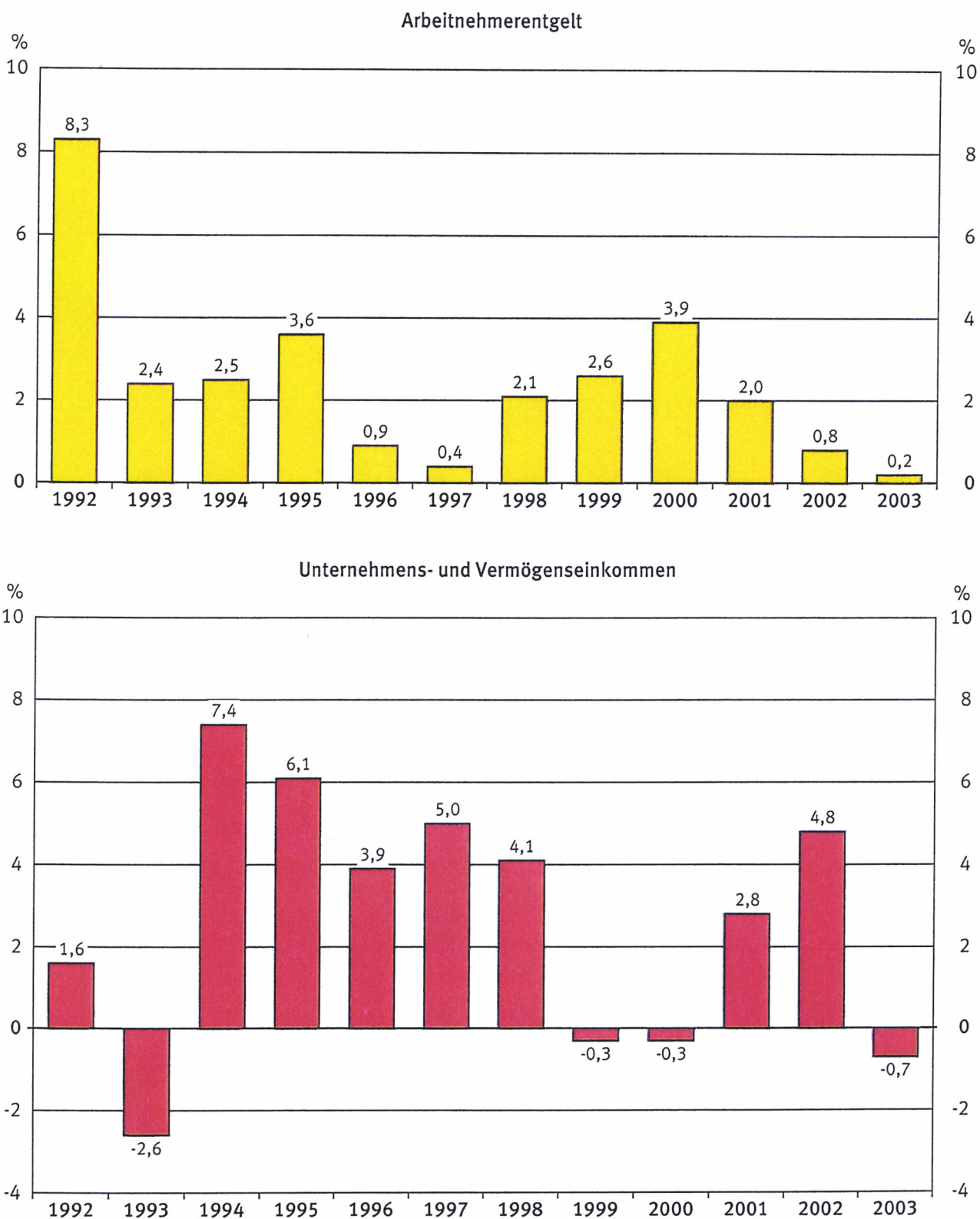


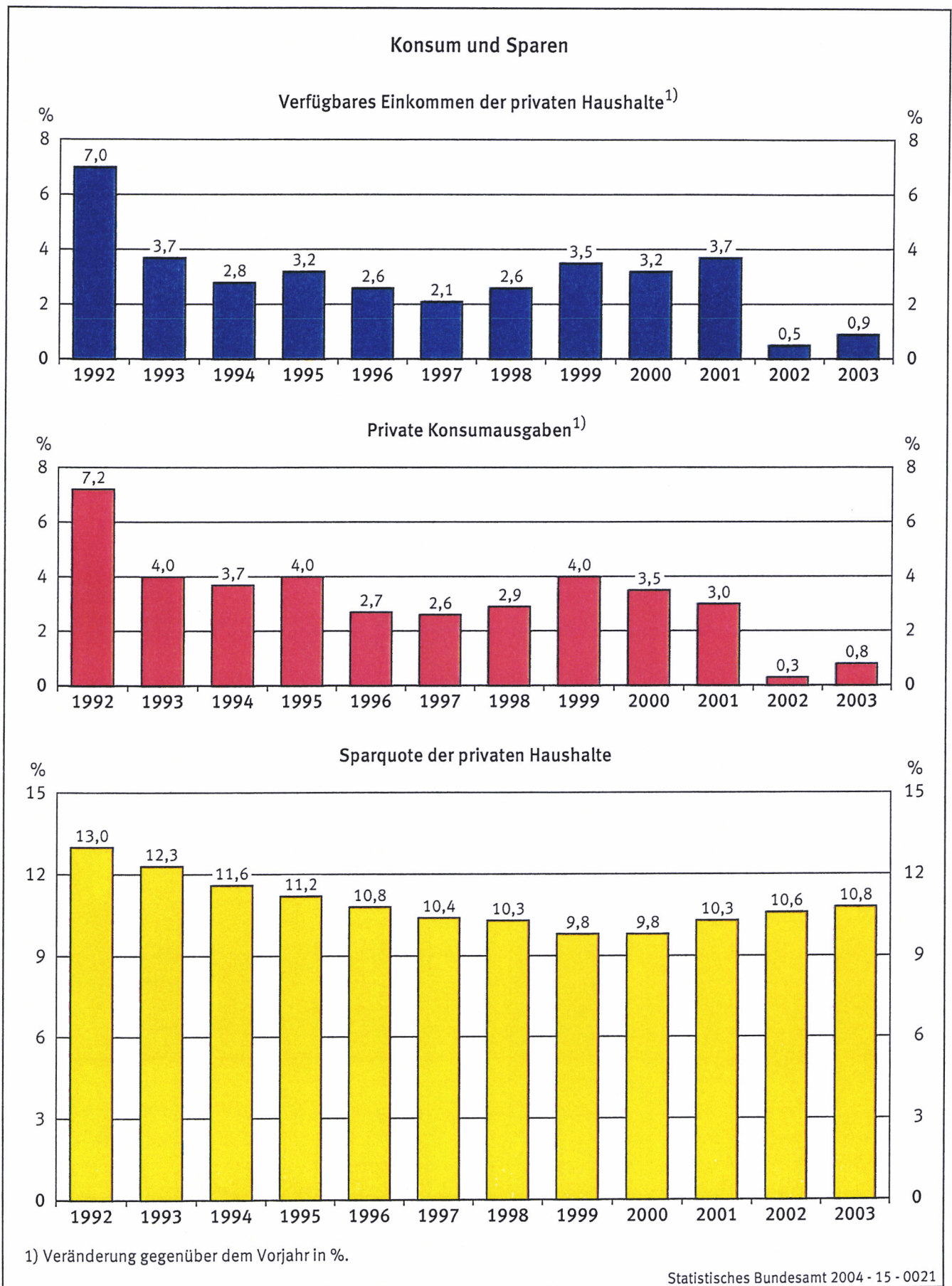
Schaubild 13

Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Bundesamt 2004 - 15 - 0020

Schaubild 14



1 Außenbeitrag

Der Außenbeitrag (Exportüberschuss) stieg im Jahr 2003 in jeweiligen Preisen gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mrd. Euro auf 95,3 Mrd. Euro. Das ergab sich aus einem Anstieg der Exporte um 0,7% und einer schwächeren Zunahme der Importe um 0,1%. Dies war der höchste Außenbeitrag, der bisher im wiedervereinigten Deutschland verzeichnet wurde.

Der Anstieg des Außenbeitrags insgesamt setzt sich aus einer Steigerung des Überschusses im Warenhandel um 1,4 Mrd. Euro auf 135,2 Mrd. Euro und einer Verringerung des traditionellen Defizits im Dienstleistungsverkehr um 3,2 Mrd. Euro auf – 39,9 Mrd. Euro zusammen.

In konstanten Preisen jedoch sank der Außenbeitrag um 4,1 Mrd. Euro auf 97,0 Mrd. Euro. Dieser Rückgang des realen Außenbeitrags beruht auf einer preisbereinigten Zunahme der Exporte um 1,1% und einer etwas höheren realen Zunahme der Importe um 2,0%. Die Exportpreise veränderten sich dabei gegenüber dem Jahr 2002 nur leicht (–0,4%), während die Importpreise um 1,8% sanken. Die Terms of Trade verbesserten sich somit um 1,4% gegenüber dem Vorjahr.

Nach den bisher vorliegenden regionalen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik für Januar bis Oktober 2003, stieg die Warenausfuhr in die EU-Länder um 3,1% im 10-Monats-Vergleich, während die Warenausfuhr in Drittländer um 0,9% sank. Vermutlich auch durch einen starken Euro bedingt, gingen die Exporte in die Vereinigten Staaten (–9,7%) und nach Japan (–7,5%) deutlich zurück. Andererseits erhöhte sich die Warenausfuhr nach China (+ 26,9%) und in die mittel- und osteuropäischen Länder (+ 5,7%) überproportional. Die regionale Aufgliederung der Wareneinfuhr zeigt im 10-Monats-Vergleich, dass die Einfuhr aus den EU-Ländern um 2,2% zunahm. Etwas stärker stiegen die Importe von Waren aus Drittländern (+2,5%), wobei die Wareneinfuhr aus China (+ 17,0%) sowie aus mittel- und osteuropäischen Ländern (+ 6,9%) überproportional anstieg. Die regionale Betrachtung des Handelsüberschusses zeigt, dass dieser vor allem aus dem Warenverkehr mit den EU-Ländern resultiert; aber auch im Warenverkehr mit den USA besteht weiterhin ein merklicher Handelsüberschuss.

Ein hoher Außenbeitrag (Exportüberschuss) leistet einerseits einen Beitrag zur Wirtschaftsleistung und zum Wirtschaftswachstum. Andererseits wirft ein hoher Exportüberschuss auch die Frage nach dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht auf. Denn ein deutscher Überschuss bedeutet ein Defizit für unsere Handelspartner. Unsere Handelspartner müssen dieses Defizit durch einen Verkauf von (vornehmlich finanziellen) Aktiva oder eine Verschuldung bei deutschen Wirtschaftseinheiten finanzieren.

2 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

1. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2003 von 38,3 Mill. Erwerbstätigen erbracht. Das waren 392 000 Personen weniger (– 1,0%) als ein Jahr zuvor, nachdem sich bereits im Jahr 2002 die Erwerbstätigkeit erstmals seit 1997 verringert hatte (2002: – 240 000 Personen oder – 0,6%). Zugleich war dies der stärkste Beschäftigungsrückgang seit zehn Jahren (1993: – 513 000 Personen oder – 1,4%). Die Anzahl der Erwerbslosen (in der Abgrenzung der internationalen Arbeitsorganisation) stieg im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um 265 000 Personen (+ 7,8%) auf 3,7 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich damit von 8,1% im Jahr 2002 auf 8,7% im Berichtsjahr.

Im Jahresdurchschnitt 2003 nahm die Zahl der Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer und Erwerbslose) im Vergleich zum Vorjahr ab, und zwar um 123 000 Personen (– 0,3%) auf 41,9 Mill. Personen, nach + 45 000 Personen (+ 0,1%) im Jahr zuvor.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2003 um 0,9%; je Arbeitsstunde gemessen stieg sie fast im gleichen Umfang und zwar um 0,8%. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war, dass im Vorjahresvergleich arbeitszeitvermindernde Einflüsse, wie vor allem die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, durch arbeitszeiterhöhende Effekte, wie den Anstieg der Nebenerwerbstätigkeit und den Rückgang des Krankenstandes, nahezu kompensiert wurden.

2. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen (nationale Abgrenzung) ist nach den jüngst veröffentlichten Daten der Bundesagentur für Arbeit (ehem. Bundesanstalt für Arbeit) im Jahresdurchschnitt 2003 weiter angestiegen. Danach waren in Deutschland rund 316 000 Personen oder 7,8% mehr arbeitslos als ein Jahr zuvor. Zugleich erreichte die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit 4,4 Mill. Personen im Durchschnitt des Jahres 2003 fast wieder das Niveau des Jahres 1997.

Im Jahresdurchschnitt 2003 haben die im Zuge der Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes („Fördern und Fordern“) und der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz-Gesetze“) verstärkten Aktivitäten der Arbeitsämter zur Stärkung von Eigeninitiative und Mitwirkung der Arbeitslosen und insbesondere die Überprüfung ihrer Arbeitsbereitschaft den Anstieg der registrierten Arbeitslosen noch gedämpft. Im Jahr 2003 kam es daher insbesondere zu einem starken Anstieg der Abgänge aus registrierter Arbeitslosigkeit in die sonstige Nichterwerbstätigkeit (+ 732 000 Personen im Vergleich zum Vorjahr). Dies betraf vor allem Abgänge wegen Nichterneuerung der Arbeitslosenmeldung oder fehlender Verfügbarkeit bzw. Mitwirkung und die Inanspruchnahme vorruhestandsähnlicher Regelungen (u.a. gemäß § 428 SGB III). Auch haben die Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit im Jahrdurchschnitt 2003 deutlich zugenommen (+ 587 000 gegenüber dem Vorjahr). Dieses Ergebnis ist jedoch nicht Ausdruck konjunktureller Belebung, sondern ebenso maßgeblich auf die Vermittlungsoffensive der Bundesagentur für Arbeit und die Stärkung der Eigeninitiative der Arbeitslosen zurückzuführen.

3 Erwerbslose und registrierte Arbeitslose

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren im Jahresdurchschnitt 2003 in Deutschland 3,7 Mill. Personen erwerbslos, 265 000 Personen oder 7,8% mehr als im Jahresdurchschnitt 2002. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen stieg von 8,1% im Jahr 2002 auf 8,7% im Jahresdurchschnitt 2003.

Die Zahl der **Erwerbslosen** wurde nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 ermittelt; die wiederum folgen den von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufgestellten Normen. Mit der Zahl der Erwerbslosen stellt das Statistische Bundesamt Schätzungen von international vergleichbaren Angaben über nicht erwerbstätige Arbeitssuchende in Deutschland zur Verfügung.

Die Erwerbslosen nach der internationalen Abgrenzung umfassen alle Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die

- ohne Arbeit sind, d. h. nicht eine Stunde pro Woche gearbeitet haben,
- verfügbar sind, d. h. innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können und
- während der vorhergehenden vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben.

Dagegen erfasst die Bundesagentur für Arbeit die bei den Arbeitsämtern **registrierten Arbeitslosen**. Diese Größe orientiert sich an der Definition für Arbeitslosigkeit in der deutschen Sozialgesetzgebung. Die Erwerbslosen sind teilweise weiter und teilweise enger abgegrenzt als die Arbeitslosen. So zählen zu den Erwerbslosen auch Personen, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind und als Nichterwerbstätige auf andere Art eine abhängige Arbeit (z. B. über private Arbeitsvermittlungsstellen, Stellenanzeigen und eigene Bewerbung bei Arbeitgebern) oder eine selbstständige Tätigkeit suchen. Andererseits schließt Erwerbslosigkeit jegliche, noch so geringfügige Erwerbstätigkeit in der Berichtswoche des Mikrozensus aus; registrierte Arbeitslose dürfen dagegen eine gelegentliche oder geringfügige Beschäftigung von weniger als 15 Stunden pro Woche ausüben. Letztere zählen nach dem ILO-Konzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Im Jahresdurchschnitt 2003 lag die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland um 715 000 Personen niedriger als die Zahl der Arbeitslosen (rund 4,4 Mill. Personen). Angaben über die Erwerbslosen nach der internationalen Abgrenzung der ILO werden für Deutschland bisher einmal jährlich im Rahmen des Mikrozensus (mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung) erfragt. Auf Basis der in der Regel auf den April eines Jahres bezogenen Erwerbslosenzahlen des Mikrozensus werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch Verknüpfung mit den monatlichen Angaben der Bundesagentur für Arbeit über registrierte Arbeitslose Jahresdurchschnittswerte nach dem ILO-Konzept geschätzt.

Die Weiterentwicklung dieser Erwerbslosenberechnung ist u.a. Ziel einer monatlichen Piloterhebung zum ILO-Erwerbsstatus, die das Statistische Bundesamt seit April 2003 auf Basis des § 7 BStatG durchführt. Erste methodische Analysen dieser Telefonstichprobe zeigen, dass die primärstatistische Gewinnung monatlicher Ergebnisse zum ILO-Erwerbsstatus eigenständige und über den bisherigen Kenntnisstand hinausgehende Informationen über Struktur und unterjährigen Verlauf der Erwerbslosigkeit wie auch der Erwerbstätigkeit erbringen kann.

Aufbauend auf den methodischen Erfahrungen dieser Piloterhebung wird zurzeit die Einführung einer monatlichen Statistik zum ILO-Erwerbsstatus vorbereitet.

4 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verzeichnete der Staat im Jahr 2003 ein **Finanzierungsdefizit** in Höhe von 86,0 Mrd. Euro, nach einem Defizit von 74,3 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Zunahme des Defizits ergab sich aus einem stärkeren Zuwachs der Ausgaben (+ 2,0%) im Vergleich zu dem der Einnahmen (+ 0,9%). Zum Defizit des Staates insgesamt trugen alle Teilsektoren des Staates – der Bund 41,4 Mrd. Euro, die Länder 32,7 Mrd. Euro, die Gemeinden 5,6 Mrd. Euro und die Sozialversicherung 6,3 Mrd. Euro – bei. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug das Staatsdefizit im Berichtsjahr 4,0%. Die Quote lag damit über dem im Protokoll zum Maastrichtvertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Im Jahr 2003 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 958,3 Mrd. Euro; das waren 0,9% mehr als im Vorjahr. Bei den Steuern (+ 0,8%), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben zwar um 1,9%, dagegen verringerte sich das an Einkommensteuern um 0,4%. Mehr nahm der Staat im Berichtsjahr an Sozialbeiträgen (+ 1,7%) und an sonstigen laufenden Transfers (+ 10,7%) ein. Geringere Einnahmen als im Vorjahr hatte der Staat dagegen aus Verkäufen (– 0,4%), an Vermögenstransfers (– 4,3%) sowie an Vermögenseinkommen (– 15,1%); letztere vor allem aufgrund der gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank an den Bund.

Die Ausgaben des Staates (1 044,3 Mrd. Euro) nahmen 2003 um 2,0% gegenüber dem Vorjahr zu. Aufgeteilt nach Ausgabearten erhöhten sich die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt um 0,5% und die Käufe an Vorleistungsgütern um 0,4%. Die sozialen Sachleistungen stiegen um 2,5% gegenüber 2002. Als wichtigste Leistungsart der monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+ 2,7%) wurden 2,5% mehr an Renten gezahlt. Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung (+ 5,4%) waren aufgrund der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich höher als im Vorjahr. Auch für Arbeitslosenhilfe (+ 13,8%), die sich an das Arbeitslosengeld (+ 10,9%) anschließt, musste der Bund im Berichtsjahr deutlich mehr ausgeben. Kräftig erhöhten sich auch die Aufwendungen für die Geldleistungen der Sozialhilfe (+ 9,5%). Die Ausgaben für Kindergeld (– 0,1%) stagnierten dagegen nahezu. Unter den übrigen Ausgaben des Staates waren Zuwächse bei den sonstigen laufenden Transfers (+ 10,2%), den Vermögenstransfers (+ 9,0%) und bei den geleisteten Zinsen (+ 2,4%) zu verzeichnen. Rückläufig waren dagegen die Aufwendungen für Subventionen (– 3,2%) sowie für Investitionen (– 9,8%).

Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾

Deutschland

Jahr ²⁾	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Staat	
	Mrd. Euro					in % des BIP
1991	- 48,4	- 8,8	+ 1,9	+ 11,0	- 44,3	- 2,9
1992	- 24,8	- 11,1	- 3,6	- 1,7	- 41,2	- 2,6
1993	- 35,5	- 17,0	- 2,0	+ 3,1	- 51,5	- 3,1
1994	- 19,4	- 21,3	- 2,9	+ 1,9	- 41,7	- 2,4
1995 ³⁾	- 26,6	- 21,3	- 4,4	- 7,6	- 59,9	- 3,3
1996	- 34,5	- 20,7	- 0,8	- 6,6	- 62,7	- 3,4
1997	- 30,1	- 22,0	- 0,0	+ 1,1	- 51,0	- 2,7
1998	- 35,5	- 14,1	+ 4,2	+ 2,7	- 42,8	- 2,2
1999	- 30,5	- 9,6	+ 5,3	+ 5,4	- 29,4	- 1,5
2000	+ 27,9	- 6,8	+ 5,4	+ 0,3	+ 26,8	+ 1,3
2001	- 28,3	- 27,7	+ 0,4	- 3,3	- 58,9	- 2,8
2002	- 34,2	- 30,8	- 2,7	- 6,6	- 74,3	- 3,5
2003	- 41,4	- 32,7	- 5,6	- 6,3	- 86,0	- 4,0

1) Nach den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995.

2) Ab 2000 vorläufiges Ergebnis.

3) Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR.

5 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft

1. Das BIP enthält Schattenwirtschaft

Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen. Es sind also auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben. Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht zur Produktion.

Allerdings sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten anders als „reguläre“ Wirtschaftstätigkeiten statistisch häufig schwieriger zu erfassen. In diesem Zusammenhang ergreift das Statistische Bundesamt verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln:

- Explizite Zuschläge werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die nur in größeren zeitlichen Abständen Großzählungen (Handwerks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen) vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen – untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen – sowie den jeweiligen Quadratmetermieten errechnet. Ob und inwieweit die so berechneten und in die Größe des BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden, entzieht sich unserer Kenntnis und ist für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten auch ohne Belang.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, das BIP würde die so genannte Schattenwirtschaft nicht umfassen, ist also falsch.

2. Keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt nimmt eigenständige, getrennte Schätzungen der so genannten Schattenwirtschaft in seinen VGR aus folgenden Gründen nicht vor:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes Mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistung am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn erhobene Statistiken Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.

- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über deren Umfang entsprechende Informationen vorliegen.
- Da wir Zuverlässigkeit, Objektivität und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit für entscheidende Merkmale amtlicher Statistik halten, erscheinen uns amtliche Zahlen über die Schattenwirtschaft als Widerspruch in sich.

3. Internationale Vergleichbarkeit der BIP-Zahlen

Da das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen in der Europäischen Union (EU) in hohem Ausmaß für administrative Zwecke genutzt werden (z.B. Zahlungen an den EU-Haushalt, Berechnung der Maastricht-Kriterien), hat die EU-Kommission das Recht, die Einhaltung der Vorschriften des ESG 1995 durch die Mitgliedstaaten zu prüfen. Diese Vergleichbarkeitsprüfungen werden regelmäßig durchgeführt und betreffen auch die Frage der vollständigen Erfassung der Wirtschaftsaktivitäten. Nach der letzten Überprüfung teilte die Kommission Mitte des Jahres 1999 mit, dass sie keine Zweifel mehr an der Vollständigkeit der deutschen Angaben hat. Da dies inzwischen für alle übrigen Mitgliedstaaten erfolgt ist, können Inlandsprodukt und Nationaleinkommen (bisher Sozialprodukt) der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf Vollständigkeit – also auch auf die Erfassung der Schattenwirtschaft – als vergleichbar angesehen werden.